

Inklusive | exklusive Elterninitiativen

Selbstorganisierte Kita für alle?

In einer Auflage zum Thema Inklusion kommen wir natürlich auch nicht um die Frage herum, ob Elterninitiativen in gewisser Weise ein exklusives Angebot darstellen, da sie nur von einer bestimmten Elternklientel gewählt werden.

Was ist dran an dieser Sichtweise? Und wie stehen wir als lagE dazu? Gelingt es, aus selbstkritischer Perspektive hinzuschauen, ohne die Besonderheiten der kleinen, selbstorganisierten Einrichtungen zu vergessen?

Zunächst einmal nehmen wir wahr, dass Inklusion inzwischen in vielen Kitas unterschiedlichster Trägerbereiche als pädagogisches Ziel definiert ist. Es gibt den selbsterklärten Anspruch, sich als Bildungseinrichtung bereit zu machen für die Vielfalt der Kinder und Familien und eben diese Vielfalt als Bereicherung wahrzunehmen. Teilhabe, Solidarität und Chancengerechtigkeit werden dabei als zentrale Werte benannt. Diese Werte waren ebenso Grundlage bei der Entstehungsgeschichte der selbstorganisierten Kinderläden seit den 68er Jahren. Chancengerechtigkeit für Arbeiterkinder, Gleichberechtigung der Geschlechter und politische Solidarität mit Benachteiligten und Unterdrückten

sind wichtige politische Ziele dieser Jahre gewesen und prägten auch die Kinderläden. Es ging damals um den Zugang zu (Selbst-)bildung und um die Vereinbarkeit von politischem Engagement, Beruf und Familie. Neue Lebensentwürfe wurden dabei entwickelt. Die Erfahrungen der Kinderläden, ihr kritischer Blick auf Bestehendes und ihr Mut, Neues auszuprobieren haben damit die Frühpädagogik in Deutschland nachhaltig beeinflusst. Die Frage, die wir uns heute stellen, ist, ob das die Elterninitiativen zu inklusiven Bildungseinrichtungen im aktuellen Verständnis gemacht hat.

In Punkto Integration (also der gemeinsamen Erziehung und Bildung von Kindern mit und ohne Behinderung) sind die Elterninitiativen als Vorreiter bekannt. Das Land Niedersachsen prüfte Ende der 80er Jahre noch mit einem Modellversuch, ob und wie Integration in Kindergärten gelingen kann – während viele Kinderläden und Krabbelgruppen diese vor Ort längst umsetzten: Sie nahmen Kinder auf, die einen heilpädagogischen Förderbedarf hatten. Oder sie schlossen ein Kind nicht aus, dessen Förderbedarf im Laufe der Zeit bekannt wurde. Elternschaft und Teams dieser Vereine wollten nicht warten, bis es irgendwann

Rahmenbedingungen für die gemeinsame Erziehung und Bildung gäbe. Sie handelten inklusiv. Die Fachwelt nannte dieses »Nicht-ausgrenzen-wollen« damals oft »graue Integration«. Glücklicherweise verabschiedeten wir uns im Zeitalter der Inklusion von diesem Begriff. Impliziert er doch Illegales, wo es um Vermeiden von Beziehungsabbrüchen und den Umgang mit Vielfalt geht. Der Förderbedarf eines Kindes ist in vielen Elterninitiativen also kein Ausschlusskriterium. In dieser Hinsicht gelingt sie vielerorts, die Inklusion. Aber reicht das, um sich als inklusiv zu verstehen? Oder ergeben sich aus den erweiterten gesellschaftlichen Perspektiven in Hinblick auf Diversität für die Elterninitiativen, genau wie für uns als Autorinnen, neue Diskussionsanlässe?

Informelle Barrieren in den Blick nehmen

Elterninitiativen müssen sich fragen, ob und wie sie anstreben, die Diversität ihrer Organisationen auf allen Ebenen zu steigern. Und mit welchem Ziel. Geht es um die Erweiterung der Lebenswelt der Kinder? Oder möchten sie womöglich dem Vorwurf der Exklusion begegnen? Dass es für das Aufwachsen von Mädchen und

Jungen ein großer Gewinn ist, im familiennahen Umfeld des Kinderladens die größtmögliche Vielfalt von Menschen zu erleben, liegt auf der Hand. Zu klären wäre also, in welchen Bereichen der Einrichtung sich tatsächlich Vielfalt abbildet, wie sie bei der Aufnahme neuer Eltern und Einstellung neuer Mitarbeiter*innen sichtbar wird und ob sie Grenzen hat.

Immer noch sieht für viele das Bild der Eltern in Elterninitiativen stereotypisiert so aus: Bildungsbürger*innen, Alternative, Studierende, Selbstständige, Akademiker*innen, Lebenskünstler, Helikoptereltern, Autonome, Pädagog*innen, Künstler*innen, Vegetarier*innen, Umweltbewegte, Lastenradfahrer*innen. Der Anteil von Eltern mit Zuwanderungsgeschichte oder aus bildungsfernen Kreisen ist klein. Auch wenn die Vielfalt in den Kinderläden größer ist, als es die Liste der Klischee-Eltern vorgibt, scheint es weiterhin so zu sein, dass sich hier bestimmte Milieus von Familien treffen. Woran liegt das? Diese Eltern finden sich in den Inis wieder, weil sie ähnliche Ansprüche an Pädagogik, Ernährung, Zusammenleben und Selbstverwaltung haben. Ähnlich wie bei Wohngemeinschaften oder im Privatleben, können hier Gruppen entstehen, die sich in ihren Alltagseinstellungen und im Lebensstil gleichen. Dass sich die selbstorganisierten Elterninitiativen vor allem im urbanen Umfeld gründen, mit Häufung in bestimmten »Szene«-Stadtteilen, ist darüber hinaus ein Faktor, der automatisch Familien aus anderen

Wohngebieten aufgrund räumlicher Entfernung ausschließt, ohne dies zum Programm zu machen.

Man könnte es sich einfach machen und sagen: Der Zugang zu einer Elterninitiative steht allen offen. Jede Familie kann sich auf einen Platz bewerben. Aber es melden sich eben nicht alle Familien, alle Milieus an. Welche informellen Barrieren gibt es, durch die bereits die Gruppe der Anmeldenden sozialstrukturell und auch kulturell eher homogen ausfällt? Vielleicht ziehen die Elterninitiativen schon mit ihrer Außenwirkung bestimmte Gruppen an und stoßen andere ab. Strahlen womöglich kleine, selbstorganisierte Strukturen aus Sicht einiger Bevölkerungsgruppen das Gegenteil von Vertrauenswürdigkeit und Professionalität aus? Improvisierte Räumlichkeiten, flache Hierarchien, Selbstorganisation und Mitbestimmung als Werte zu verstehen, ist alles andere als selbstverständlich. Roland Kern vom Berliner DAKS formulierte es in seinem Text »Die etwas anderen Kitas« so: »Die Selbstorganisation lebt von einem gewissen Interessengleichklang der Beteiligten und die gruppenspezifischen Rekrutierungs- und Aushandlungsmechanismen wirken nicht auf jedermann gleichermaßen einladend.¹« Die große kommunale Kita hat deshalb möglicherweise gerade bei Familien mit Zuwanderungsgeschichte ein höheres Ansehen als der eingruppige Kinderladen mit selbstgebautem Mobiliar im ehemaligen Ladengeschäft.

In den meisten Elterninitiativen findet zu Jahresbeginn das Aufnahmeverfahren statt, die neuen Familien werden ausgewählt. Auch diese vergleichsweise aufwendige »Bewerbung« kann für einige Eltern eine Hürde darstellen und wirkt möglicherweise ausschließend. Ein Vater aus der Aufnahmegruppe erzählt: »Und dann saßen wir da mit der Mutter aus der Dominikanischen Republik und ihrer Bekannten, die als Übersetzerin mitgekommen war. Ich möchte gar nicht wissen, was die beiden über uns zwei Väter gedacht haben, die sich ihnen als Aufnahmegruppe präsentierten. Auf jeden Fall mussten sie beide sehr laut lachen, als sie hörten, dass der Platz im Kinderladen mit diesem ausführlichen Gespräch noch nicht gesichert sei. Nein – noch eine Hospitation und die Einwilligung aller Eltern seien nötig?! Absurd. Und irgendwie ist es das ja auch.«

Es geht nur gemeinsam

Allein durch eine Änderung der Aufnahmepraxis wird sich die Vielfalt in den Einrichtungen nicht erhöhen lassen. Und tatsächlich ist dieses teilweise aufwendige Auswahlverfahren aus unserer Sicht unverzichtbar und hat gute Gründe. Beide Seiten sollten wissen, worauf sie sich einlassen. Gerade auch, weil die besondere Qualität der Elterninitiativen eben nicht für alle Personengruppen selbsterklärend daherkommt. Schon allein die für die Trägerschaft der Eltern unvermeidbare »Vereinsmeierei« ist trotz aller Alternativkultur etwas, was Außenstehenden durchaus speziell vorkommen

könnte. Oder auch das von vielen Pädagog*innen und Familien als Qualitätskriterium betrachtete und als ebensolches manchmal schon beim Erstkontakt angepriesene »Wir gehen bei jedem Wetter raus« kann auf andere Personenkreise womöglich sogar abschreckend wirken. Und auch hier lohnt sich die Frage, ob die Idee der »gut gelüfteten« und dadurch gegen Infekte geschützten Kinder nicht auch auf die Besonderheiten der deutschen Geschichte zurückzuführen ist – vom Wandervogel bis zur Lebensreform und auch all dem, was danach folgte. Von Familien mit anderem sozialem oder kulturellen Hintergrund wird die Frischluft-Affinität mancher Kinderläden vielleicht durchaus mit Verwunderung betrachtet. Ähnliches wäre auch beim Thema »gesunde Ernährung« denkbar, welches ja bereits seit Kinderladen-Generationen nahezu Garant für potentiell lange Elternabende ist.

Auf jeden Fall kann es für Elterninitiativen spannend und hilfreich sein, sich der eigenen Besonderheiten bewusst zu werden und kritisch und durchaus auch mal selbstironisch damit umzugehen.

Dennoch: Ein kleiner Elternverein, der eine Kita betreibt, hat als Träger der Einrichtung eine große Verantwortung. Er ist Arbeitgeber für die Mitarbeitenden und muss alle für Kitas geltenden Vorgaben von Buchführung und Arbeitsschutz über Hygiene bis Datenschutz einhalten. Hier gelten für Elternvereine genau die gleichen Rahmenbedingungen wie für

die großen Träger. Unsere Vereine sind also darauf angewiesen, tatkräftige Mitglieder aufzunehmen. Mütter oder Väter, die bereit sind, sich in Verwaltungs- und Rechtsfragen einzuarbeiten, die Haushaltspläne und Gehaltsabrechnungen erstellen, die Personal- und Ämtergespräche führen, sind für den Erhalt der Einrichtung notwendig.

Viele Familien können sich aber eine Form der mitgestaltenden Kinderbetreuung aus sozio-kulturellen, zeitlichen oder anderen Gründen nicht leisten oder nicht vorstellen. Aber ist es wirklich so, dass jedes Elternteil zur Mitarbeit in der Lage sein muss? Welche Aufgaben sind auch mit geringen Deutschkenntnissen zu bewältigen? Muss sich überhaupt jede Familie nützlich machen können?

Die Bertelsmann-Studie »Keine Kita für alle« (2018) untersuchte für Nordrhein-Westfalen den Bildungs- und Einkommenshintergrund von Familien in Kitas. Die Forscher*innen stellten fest, dass es eine starke Ungleichverteilung gibt, die in einzelnen Einrichtungen zu einer Konzentration von Kindern mit bestimmten sozialen oder ethnischen Merkmalen führt. Den freien Trägern werden »Praktiken der bewussten oder unbewussten institutionellen Diskriminierung« attestiert. Allerdings wird der Aspekt der Elternmitarbeit hier nicht beachtet, die Studie zielt allein auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Eltern ab. Fest steht: Wenn eine Kita überdurchschnittlich viele Kinder aufnimmt, die

von Armut betroffen sind, beeinträchtigt das deren Bildungsbiografie zusätzlich. Die Autor*innen der Studie sehen in zentralen Platzvergabesystemen eine Lösung für diese Ballungstendenzen und befürworten, sogenannte »Brennpunktkitas« mit mehr Ressourcen auszustatten, also »Ungleiches ungleich zu behandeln«. Die Elterninitiativen wären durch zentrale Aufnahmesysteme in der Situation, Familien nicht mehr nach selbst festgelegten Auswahlkriterien aufnehmen zu können. Dass das den Fortbestand der Kinderläden in ihrer jetzigen selbstorganisierten Form gefährden würde, ist klar. Die Übernahme von (Träger-) Verantwortung in Elterninitiativen ist eine Form des freiwilligen zivilgesellschaftlichen Engagements, das für den Erhalt der Kinderläden notwendig ist, aber nicht mit dem Betreuungsvertrag »verordnet« werden kann.

Die Frage, wie inklusiv Kinderläden für Eltern sind oder überhaupt sein können, lässt sich nicht abschließend beantworten. Als lagE finden wir diesen Klärungsprozess aber wichtig und freuen uns über Elterninitiativen, die sich mit diesem Aspekt von Inklusion beschäftigen. Wir diskutieren ebenfalls weiter, auch im Rahmen der Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen (BAGE).

1 Kern, Roland. Magazin »unerzogen«, Ausgabe 4/2016, S. 11 – 13